

«Der Judenstaat» von Theodor Herzl und der erste Zionistenkongreß in Basel

Im Februar 1896 veröffentlichte Theodor Herzl seine einflußreiche Schrift *Der Judenstaat*. Der politische Zionismus, der zur Bildung des Staates Israel im Jahre 1948 führte, erhielt von diesem Werk, das Herzl in der Erschütterung über den wachsenden Antisemitismus im allgemeinen und den französischen Dreyfus-Prozeß im besonderen geschrieben hatte, seinen entscheidenden Impuls.

Am Sonntag, dem 29. August 1897, wurde im Basler Stadtcasino der 1. Internationale Zionistenkongreß eröffnet. Die «Zionistische Organisation» als Wegbereiter des Staates Israel wurde ins Leben gerufen.

Am Sonntag, dem 29. August 1997 – auf den Tag genau hundert Jahre später – wird in Basel eine Herzl-Feier abgehalten, an der unter anderen auch der israelische Staatspräsident Weizmann teilnehmen soll. Kontroverse Diskussionen um Sinn und Fruchtbarkeit einer derartigen Veranstaltung in der Basler Presse sowie die gegenwärtige Tendenz der israelischen Politik lassen schon jetzt erahnen, daß diese 100-Jahresfeier in einem turbulenten Klima stattfinden dürfte. «Basel will Armeehilfe», hieß es in bezug auf die Sicherheitsvorkehrungen für die Herzl-Feier in der *Basler Zeitung* (1.10.1996). Es ist zu hoffen, daß die Organisatoren diesem Klima Rechnung tragen und in umsichtiger und diskussionsbereiter Haltung an die Ursprünge des politischen Zionismus erinnern werden.

Amnon Reuveni hat in der Zeitschrift *Info-3* (Sept. 96) erneut auf



Theodor Herzl auf einer Terasse des Hotels «Drei Könige» in Basel

das politische Hauptwerk Herzls vom kulturhistorischen Gesichtspunkt aus aufmerksam gemacht. *Der Europäer* wird in einer nächsten Nummer einen näheren Blick auf den ungewöhnlichen und äußerst aufschlußreichen inneren Entstehungsprozeß dieses Werkes werfen, von dem Herzl in seiner Autobiographie sagt: «Ich erinnere mich nicht, je etwas in so erhabener Gemütsstimmung geschrieben zu haben.»

Churchills Rede für ein vereintes Europa

Mit verschiedenen Veranstaltungen ist des 50-jährigen Jubiläums der Zürcher Rede Winston Churchills gedacht worden. Zwei dieser Veranstaltungen waren von dem Europa-Institut Zürich in Zusammenarbeit mit der britischen Botschaft und dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung organisiert worden. Zum einen handelte es sich um einen Festakt in der Aula der Universität (18.9.96), bei welchem Bundesrat Flavio Cotti, der britische Außenminister Malcolm Rifkind sowie ein Enkel Churchills, Nicholas Soames, vor einem ausgewählten Publikum sprachen. Zum anderen handelte es sich um ein nicht-öffentliches akademisches Kolloquium (19./20.9.), bei welchem 70 Vertreter aus verschiedenen europäischen Ländern über die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit diskutiert haben. Indem bei diesen beiden Jubiläumsveranstaltungen die Öffentlichkeit nur bedingt bzw. überhaupt nicht zugelassen war, kam zweierlei zum Ausdruck. Einerseits zeigte sich darin das Bedürfnis der Veranstalter, in der Öffentlichkeit das Thema «Eu-



UNITED EUROPE MEETING, 14 MAY 1947

We do not of course pretend that United Europe provides the final and complete solution to all the problems of international relationships. The creation of an authoritative, all-powerful world order is the ultimate aim towards which we must strive. Unless some effective World Super-Government can be set up and brought quickly into action, the prospects for peace and human progress are dark and doubtful.

But let there be no mistake upon the main issue. Without a United Europe there is no sure prospect of world government. It is the urgent and indispensable step towards the realisation of that ideal. After the First Great War the League of Nations tried to build, without the aid of the U.S.A., an international order upon a weak, divided Europe. Its failure cost us dear.

Aus Churchills Rede vom 14. Mai 1947 in der «Royal Albert Hall» in London

ropäische Integration» (im Sinne des Vertrages von Maastricht) möglichst zu vermeiden. Andererseits spiegelte sich darin in gewissem Sinne auch das gegenwärtige Erscheinungsbild der Europäischen Union (EU) wider, deren politischer Alltag maßgeblich durch Anwendung des Prinzips des Ausschlusses der Öffentlichkeit gekennzeichnet ist.¹

Für die breite Öffentlichkeit war auf dem Münsterhof für Freitagabend (20.9.) ein «Fest der Begegnung mit Europa» organisiert worden. Veranstalter waren hier die Tageszeitungen *Tages Anzeiger*, *Nouveau Quotidien* und *La Regione* sowie die «Europäische Bewegung» (Europa-Union), die Stadt Zürich und der Kanton Genf. Hauptredner war der deutsche Altbundeskanzler Helmut Schmidt.² Daneben haben der Zürcher Stadtpräsident Josef Estermann sowie die Tochter Churchills, Lady Mary Soames, kürzere Ansprachen gehalten. Zusätzlich kamen Vertreter aus Politik, Kultur und Wirtschaft in einer Reihe von Kurzbeiträgen («Testimonials») zu Wort. Den verschiedenen Reden und Ansprachen war gemeinsam, daß tunlichst vermieden wurde, auf das reale Erscheinungsbild der EU überhaupt Bezug zu nehmen oder ein-

mal zu hinterfragen, aus welchen Gründen denn nach wie vor eine solch ungebrochene Skepsis in der schweizerischen Öffentlichkeit gegenüber einem allfälligen EU-Beitritt vorhanden ist. Veranstalter und Redner waren daher genötigt, ihre «Botschaft» in verschlüsselter Form, in Form von mit bestimmten Gefühlsassoziationen verbundenen «Bildern» zu vermitteln zu suchen. So wurde vielfach das Klischee-Bild von einer «isolierten» Schweiz verwendet, welche sich «Europa» anzunähern habe («Begegnung mit Europa»), wobei mit «Europa» natürlich jeweils in verdeckter Weise die EU gemeint war. Stimmungsmäßig wurde versucht, den Schweizern ein schlechtes Gewissen einreden zu wollen und sie zur «Solidarität» mit der EU zu ermahnen. Im Grunde genommen wurde damit eine reine Stimmungsmache für einen schweizerischen EU-Beitritt betrieben.³ Stillschweigend wurde in den verschiedenen Ansprachen und Reden vorausgesetzt, daß die von Brüssel aus bestimmte Integration Europas als die einzig überhaupt denkbare Form der politischen Zukunftsgestaltung Europas anzusehen sei. Dies kam insbesondere in den «Testimonials» zum Ausdruck, in welchen in stereotyp-dogmatischer

Weise immer wieder Bekenntnisse zugunsten eines solchen Alleinvertretungsanspruches der EU (in bezug auf die Zukunft Europas) abgelegt wurden.

Die eigentliche Frage, in welchem Geiste, nach welchen Gesichtspunkten europäische Zusammenarbeit in der Zukunft gestaltet werden sollte, war für die gesamte Veranstaltung systematisch ausgeklammert worden.⁴ Dies erstaunt umso mehr, zumal sich gerade Churchill selber sehr deutlich auch zu den mit der europäischen Integration zusammenhängenden Machtfragen geäußert hat. So hat er in diesem Zusammenhang etwa in seiner Rede in der «Royal Albert Hall» in London am 14. Mai 1947 von dem «Endziel» einer zu errichtenden «autoritativen, allmächtigen Weltordnung» gesprochen. «Unverzichtbar erster Schritt» zur Errichtung einer solchen «Welt-Superregierung» war für ihn die Bildung eines vereinten Europas.⁵ Auf der Zürcher Jubiläumsveranstaltung hat man Churchill als «Europäer» gefeiert. Paradoxerweise ist jedoch keiner der Vortragenden auf die von Churchill erwähnten machtpolitischen Hintergründe dieser sogenannten europäischen Einigung eingegangen.

Dabei wäre dieses Jubiläum gerade der geeignete Anlaß gewesen, einmal von neutralem Boden aus ganz unbefangen über die einzelnen Aspekte der europäischen Integration unter Einbeziehung der Öffentlichkeit zu diskutieren.⁶

Die gegenwärtige EU ist durch einen bedenklichen Mangel an Gewaltenteilung und durch das Fehlen einer geeigneten demokratischen Kontrolle ihrer Organe gekennzeichnet. Solche heute nicht mehr zeitgemäße Strukturen begünstigen natürlich Korruption und Mißwirtschaft. Die wesentlichen politischen Entscheidungen werden in der EU im Stile vergangener aristokratischer Zeiten durch eine kleine Anzahl führender Köpfe (EU-Kommission, Europäischer Rat) gefällt. Diese Tendenz wird sich aller Voraussicht nach in der Zukunft eher noch verstärken (Vertrag von Maastricht). Eine solche Zunahme an politischer Machtkonzentration ist daher geeignet, bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in den EU-Staaten in geradezu bedenklichem Maße Politikverdrossenheit hervorzurufen. Ein vereintes Europa, das im Geiste des Vertrages von Maastricht in der Zukunft immer mehr einen zentralistischen Einheitsstaat ausbilden würde, der schließlich einmal nur noch ein bloßes Anhängsel einer von Churchill prophezeiten «autoritativen, allmächtigen Weltregierung» wäre, mag sich heute wohl niemand ernsthaft wünschen. Es gilt daher, auf bestimmte machtpolitische Tendenzen hinter der sogenannten europäischen Integration immer wieder aufmerksam zu werden. Europa hat zweifelsohne dann eine ihm gemäße Zukunft und wird seinen Aufgaben gegenüber der Welt gerecht werden können, wenn es sich auf seine föderalistischen, de-

mokratischen und pluralistischen Werte besinnt und diese in zeitgemäßer Weise weiterentwickelt.

Andreas Flörsheimer,
Möhlin

¹ Die eigentliche Legislative der EU, der Ministerrat, fällt seine Entscheidungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Exekutive der EU, der EU-Kommission, fehlt eigentlich ein geeignetes demokratisches Kontrollorgan. Zudem hat das Prinzip der Gewaltenteilung in der EU kaum eine praktische Bedeutung. So übt etwa die EU-Kommission zusätzlich zu ihren Aufgaben als Exekutive auch noch legislative, ja selbst judikative Funktionen aus.

² Schmidt versuchte in seiner rhetorisch gut aufgebauten Rede um Verständnis für die Schaffung eines vereinten Europas zu werben. Hierbei skizzierte er die gegenwärtige Weltlage als Ausdruck eines weltweiten «Globalisierungsprozesses» der Wirtschaft, dem sich Europa nicht entziehen könne und der es geradezu zwingen würde, sich ebenfalls zu einem wirtschaftspolitischen Machtblock zusammenzuschließen. Schmidt vermied bei seinen Ausführungen, diesen sogenannten Globalisierungsprozeß und die damit verbundenen machtpolitischen Tendenzen kritisch zu hinterfragen. Auch hat er es unterlassen, auf das aktuelle Erscheinungsbild der EU näher einzugehen. Schmidts Argumentation büßte zudem an Glaubwürdigkeit ein, als er den schweizerischen Philosophen Rousseau lobend erwähnte, weil dieser das Prinzip der Gewaltenteilung Europa gewissermaßen geschenkt habe, wobei Schmidt aber unerwähnt ließ, daß diesem Prinzip der Gewaltenteilung in der EU, praktisch keine Bedeutung zukommt.

³ Es gibt zu denken, daß bei der Konzeption und Durchführung einer sol-

chen rein auf politische Stimmungsmache ausgerichteten Veranstaltung neben privaten Organisationen und kantonalen Behörden vor allem auch Zeitungsredaktionen beteiligt waren.

⁴ Die Bemerkung eines der Moderatoren des Abends, des Chefredaktors des *Nouveau Quotidien* Jacques Pilet, Europa sei nicht eine technokratische Sache, sondern eine des Herzens, des Verstandes und des Geistes, muß in diesem Zusammenhang als Phrase verstanden werden. Vom organisatorischen Konzept der Veranstaltung her war gar keine Möglichkeit gegeben gewesen, eine offene geistige Auseinandersetzung führen zu können.

⁵ Das Zitat ist ausführlich wiedergegeben in: Thomas Meyer: *Ludwig Polzer-Hoditz – Ein Europäer*, Perseus Verlag, Basel 1994, S. 483.

⁶ Mit einer gewissen Berechtigung hätte in Zürich darauf hingewiesen werden können, daß mit der Schweiz ein anschauliches – im Vergleich zu der EU allerdings völlig entgegengesetzt konzipiertes – Modell des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Völker Europas schon vorhanden ist.

Ein mißverständliches Zitat von W. J. Stein: Valentin Tomberg und die «Bodhisattvafrage»

In der in gewissen Kreisen als ausgemacht geltenden Frage, ob Valentin Tomberg (geboren 1900) als der Bodhisattva des 20. Jahrhunderts angesehen werden müsse, spielt ein bestimmtes Zitat eine nicht unwesentliche Rolle. Der Schreiber dieser